

Basel in der Rezession

Autor(en): René L. Frey
Quelle: Basler Stadtbuch
Jahr: 1975

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/0bf99642-55eb-4fad-a1a0-2ca5fe0d47e7>

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

Basel in der Rezession

René L. Frey



Für viele unerwartet hat sich im Jahre 1975 die konjunkturelle Situation geändert. Jahrzehnte hindurch haben in der Schweiz die Arbeitslosenzahlen keine Schlagzeilen mehr gemacht. Mitte 1975 erreichte dann aber die Arbeitslosenquote erstmals wieder eine Höhe, die in Promillen auszudrücken war. Auch in Basel begann man sich daran zu erinnern, dass es an der Utengasse ein Kantonales Arbeitsamt gibt.

Von «Krise» zu sprechen, wäre jedoch übertrieben. Die Situation von 1975 war noch weit von derjenigen der 30er Jahre entfernt. Auf der andern Seite ist «Rezession» aber doch etwas zu beschönigend; darunter versteht man gemeinhin Wachstumsverlangsamungen während höchstens ein bis zwei Jahren. Der gegenwärtige Konjunkturrückschlag hat vielmehr den Charakter eines «Konjunktüreintritts»; er ist stärker und dürfte voraussichtlich länger anhalten als die vier bisherigen Rezessionen der Nachkriegszeit.

Das konjunkturelle Bild im Jahre 1975

Es ist nicht einfach, die konjunkturelle Entwicklung Basels darzustellen. Die ohnehin bis heute unzureichend ausgebaute schweizerische Statistik stellt nur wenige regionale oder kantonale Konjunkturindikatoren zur Verfügung. In Tabelle 1 sind einige derartige Messziffern für Basel-Stadt zusammengestellt. Zum Teil handelt es sich dabei um Zahlen, die von Basler Amtsstellen erhoben werden (Arbeitsmarkt, Wohnungsbau, Fremdenverkehr, Preise), zum Teil aber auch um gesamtschweizerische Statistiken, die gewisse Rückschlüsse auf die Entwicklung in Basel zulassen (Produktions- und Beschäftigungsindex sowie Exporte vor allem der chemischen Industrie, aber auch der Banken, der Versiche-

rungen, des Grosshandels und des Verkehrs).

Das Bild, das sich für Basel-Stadt ergibt, ist uneinheitlich. Während der Wohnungsbau und der Fremdenverkehr schon seit ein paar Jahren schrumpfen und 1975 die prozentualen Rückgänge nur leicht über denen der Vorjahre lagen, vermochte die chemische Industrie, der Hauptpfeiler der baselstädtischen Wirtschaft, bis ins erste Quartal 1974 die mengenmässige Produktion, bis ins zweite Quartal die wertmässigen Exporte und bis ins vierte Quartal 1974 die Beschäftigtenzahl zu erhöhen – zum Teil sogar sehr stark. Erst seither ist ein absoluter Rückgang zu verzeichnen. Die Produktion ging im ersten Halbjahr 1975 um rund 20% zurück, die Beschäftigung indessen lediglich um weniger als 1%. Dies war der Chemischen darum möglich, weil sie erstens auf Reserven zurückgreifen konnte und dazu bereit war und weil zweitens die verschiedenen Sparten durch die Rezession ungleich stark betroffen wurden: Die Exporte von Farbstoffen gingen 1975 gegenüber dem Vorjahr um 30–40% zurück. Jene der Pharmazeutika konnten sich im Vergleich dazu recht gut halten, während die Agrochemikalien den Nachfragerückgang kaum spürten. Diese Unterschiede zeigen, dass die chemische Industrie differenziert betrachtet werden muss. Ihr Diversifikationsgrad ist erheblich, was sich nicht nur stabilisierend auf die Chemiekonzerne selbst, sondern auch auf die gesamte Basler Wirtschaft auswirkt. Grössere Sorgen als diese wohl nur vorübergehenden Produktions- und Exportrückgänge bereitet den chemischen Unternehmungen die Entwicklung der Preise. Der Höhenflug des Schweizer Frankens (1 \$ 1975 zeitweise unter Fr. 2.50 gegenüber

Fr. 4.30 in den 50er und 60er Jahren) bewirkt zwar einerseits eine Verbilligung der Importe, führt aber andererseits zu Ertragsschmälerungen bei den Exporten und, als Folge davon, zu sinkenden Gewinnen und ab 1976 zu sinkenden Einnahmen aus Unternehmenssteuern für den Kanton. Sinkende Exporterlöse erschweren den Chemiekonzernen zudem die Finanzierung der in Basel konzentrierten Konzernverwaltungen und Forschungsabteilungen. Sollte die Überbewertung des Schweizer Frankens anhalten (Fachleute meinen, der richtige Dollarkurs habe im Jahre 1975 bei Fr. 2.80 bis 3.– gelegen), so wäre mit vermehrten Standortverlagerungen ins Ausland zu rechnen. Aus diesem Grunde sind die Investitionsprogramme zeitlich erstreckt worden. Hinzu kommen rigorose Personaleinstellungsbeschränkungen und sonstige Sparmassnahmen. Die Sandoz beispielsweise verzichtete auf ihren Pavillon an der MUBA 1976. An einer Tagung Ende September 1975 gaben dagegen Vertreter der chemischen Unternehmungen bekannt, dass für das Jahr 1976 weder Kurzarbeit noch Entlassungen geplant seien. Ein Blick auf die übrigen in Basel-Stadt im Vergleich zur gesamten Schweiz überdurchschnittlich vertretenen Branchen zeigt, dass die Banken bis Ende 1975 die Rezession noch kaum gespürt haben; sie waren auch die einzigen Unternehmungen, die ihren Personalbestand noch nennenswert erhöhten (gesamtschweizerisch 3–5% gegenüber dem Vorjahr). Verhältnismässig gut ging es auch den Versicherungen (jährlicher Beschäftigtenzuwachs 0–2%). Der Verkehrssektor hat bis Ende 1975 den Personalbestand halten können und wegen rezessionsbedingter Produktivitätssteigerungen den früheren Nachholbedarf ab-

gebaut; die Postbüros zum Beispiel sind dank der Rezession wieder normal geöffnet, und von Leistungsabbau bei den PTT-Betrieben ist nicht mehr die Rede. Der Grosshandel schliesslich hat die Rezession ab dem zweiten Quartal 1974 derart zu spüren bekommen, dass Personal massiv abgebaut werden musste (Mitte 1975 –5% gegenüber dem Vorjahr; wiederum gesamtschweizerischer Durchschnitt).

Die markanteste Seite der baselstädtischen konjunkturellen Entwicklung stellt der sprunghafte Anstieg der Arbeitslosen dar. Zählte das Arbeitsamt 1973 im Jahresdurchschnitt 16 und 1974 29 Ganzarbeitslose, so stieg die Zahl Ende März 1975 auf 225, Ende Juni auf 386, Ende Oktober auf 500 und Ende Dezember auf 1304 (vgl. Tabelle 2). Seit dem September 1975 werden aufgrund eines Bundesratsbeschlusses auch die Kurzarbeitenden statistisch erfasst. Anlässlich dieser ersten Zählung waren es in Basel-Stadt 1349 in 33 Betrieben, anlässlich der Dezember-Zählung 1697 in 49 Betrieben. Die Zahl der amtlich registrierten Arbeitslosen unterschätzt die tatsächliche Arbeitslosigkeit. Zu 70–90% handelt es sich dabei nämlich um solche, die einer Arbeitslosenversicherung angehören. Ende 1974 waren in Basel-Stadt lediglich 29% der unselbständig Erwerbenden gegen Arbeitslosigkeit versichert. Seither haben die Kassen allerdings einen sehr starken Zulauf zu verzeichnen.

Bezogen auf die aktive Bevölkerung machen 1000 Arbeitslose in Basel-Stadt 0,8% aus. In den genannten Zahlen sind die ausländischen Arbeitskräfte, die nicht mehr in der Schweiz arbeiten können, sei es, weil sie keine Stelle finden, sei es, weil sie keine Arbeitsbewilligung erhalten, nicht mitgerechnet. Im August 1975 war die Zahl der

Tabelle 1: Baselstädtische Konjunkturindikatoren

	1973		1974			
			1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
<i>Arbeitsmarkt</i>						
Ganzarbeitslose (Anzahl)	16		22	14	18	61
Beschäftigungsindex (gesamtschw., %V)						
– Chemie	0,2		0,8	1,6	1,2	2,0
– Banken	5,1		4,6	2,4	4,3	4,7
– Versicherungen	3,4		3,3	2,3	2,2	2,3
– Grosshandel	1,0		0,2	0,5	0,1	–1,2
– Verkehr	1,1		0,9	1,3	1,2	1,2
Ausländische Arbeitskräfte (% V)						
– Total kontrollpflichtige	–0,2			–3,7	–5,9	
– Jahresaufenthalter	–3,6			–7,3	–9,8	
– Saisonarbeiter	–5,1			–25,2	–24,3	
– Grenzgänger	4,5			5,1	3,0	
<i>Produktion</i>						
Index der industriellen Produktion (gesamtschweizerisch, %V)						
– Chemie	11,1		15,4	13,1	7,8	–8,9
Export Chemie (gesamtschw., %V)	9,8		33,6	34,1	22,3	8,8
– Farbstoffe usw.	13,8		30,1	30,5	4,1	–11,7
– Pharmazeutika	10,8		30,4	25,3	26,6	4,8
– Chemikalien	7,4		36,8	40,3	29,4	20,0
Wohnungsbau (%V)						
– neuerstellte Wohnungen	–8,9		– 8,2		–23,0	
– Baubewilligungen Wohnungen	22,3		–14,8		– 5,4	
Leerwohnungsbestand (1. Dez., %)	0,19					0,46
Fremdenverkehr: Logiernächte (%V)	–7,7		–0,7	–3,7	–4,1	–11,5
<i>Preise</i>						
Basler Index der Konsumentenpreise	8,5		10,9	10,6	11,8	9,6

% V=Veränderung in Prozent gegenüber Vorjahr bzw. entsprechendem Quartal des Vorjahres

Quelle: Eigene Zusammenstellung aufgrund: Statistisches Jahrbuch Basel-Stadt, div. Jahrgänge; Basler Zahlenspiegel, Die Volkswirtschaft, div. Hefte; Presseberichte.

1974		1975			
		1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
29		146	349	432	1025
		1,5 3,2 1,8 -3,3 0,9	-0,7 4,9 0,6 -5,4 0	-2,2 2,3 0,6 -6,5 -1,0	
			-12,1 -15,0 -46,6 -3,3	-15,2 -14,2 -57,4 -5,9	
6,6		-19,7	-19,3	-19,4	
24,5 12,8 21,3 31,5		-11,2 -38,5 -8,6 -0,8	-14,6 -41,9 -4,8 -7,2	-14,4 -29,2 -14,9 -8,5	0,2 1,1 -3,7 1,6
-13,7 -10,4		10,1 -7,7		-12,2 -34,4 1,12	
-4,9		-13,0	-9,0	-10,5	
10,8		8,3	8,5	6,3	3,7

div. Hefte; Statistisches Jahrbuch der Schweiz, div. Jahrgänge;

Jahresaufenthalter gegenüber August 1974 in Basel um 14% und jene der Saisonarbeiter um 57% tiefer. Lediglich die Grenzgänger konnten sich einigermaßen halten (-6%). Zu den statistisch schlecht erfassbaren Gruppen zählen auch die Frauen und die über 60jährigen. Es fällt ihnen in der Rezession erheblich schwerer, eine Stelle zu finden. Zudem dürften viele von ihnen aus dem Erwerbsleben (vorzeitig) ausscheiden, ohne sich als Arbeitslose zu melden. Stark betroffen sind auch die Schüler und Studenten, die früher in den Ferien arbeiteten, um sich ein Sackgeld zu verdienen oder das Studium zu finanzieren. Bedingt durch den rigorosen Personaleinstellungsstopp der meisten Firmen beginnt sich eine eigentliche Jugendarbeitslosigkeit abzuzeichnen. In andern Ländern ist dies eine «normale» Begleiterscheinung von Rezessionen. Für die Schweiz hingegen handelt es sich um etwas Neues. Dies könnte zu beträchtlichen Spannungen führen. Die berufsmässige Zusammensetzung der Arbeitslosen geht aus Tabelle 2 hervor. Diese Zahlen widerspiegeln die Situation der verschiedenen Branchen, zeigen aber auch, dass die wenig qualifizierten Arbeitskräfte zuerst und am stärksten unter der Rezession zu leiden haben. Ihr Anteil an Arbeitslosen betrug bis September 1975 um die 40% und ist seither auf 24% gesunken. Der Überblick über die konjunkturelle Entwicklung Basels im Jahre 1975 darf nicht abgeschlossen werden, ohne auch noch auf zwei erfreuliche Aspekte hinzuweisen. Erstens: Im Vergleich zu Basellandschaft, zur übrigen Schweiz und zum Ausland wurde 1975 Basel-Stadt eher weniger stark von der Rezession betroffen. Und zweitens hat sich 1975 die Inflation

erheblich zurückgebildet. Stieg der Basler Index der Konsumentenpreise 1973 um 8,5% und 1974 gar um 10,8%, so erhöhte er sich 1975 nur noch um 6,7%. Gemessen an den Monatsteuerungsraten Ende Jahr herrschte sogar annähernd Preisstabilität, und der Indexanstieg gegenüber Ende 1974 machte nur noch 3,1% aus.

Konjunkturpolitische Massnahmen

Bevor mögliche Massnahmen zur Bekämpfung des konjunkturellen Einbruchs untersucht werden, muss man sich darüber Rechenschaft geben, dass dessen Ursachen weltweiter Natur sind. Der Aufschwung der schweizerischen und der baselstädtischen Wirtschaft kann daher nur vom Export her kommen. In den Vereinigten Staaten scheint die wirtschaftliche Erholung im 3. Quartal 1975 eingesetzt zu haben, während unsere europäischen Haupt-handelspartner die Talsohle dann bestenfalls erst erreicht haben. Erweist sich dies als richtig, so kann mit der Wiederbelebung in der Schweiz Mitte bis Ende 1976 gerechnet werden. Fachleute befürchten allerdings, dass dieser Aufschwung insofern höchst unerfreulich ausfallen wird, als er wegen des in der Zwischenzeit erfolgten Kapazitätsabbaus von einer neuerlichen massiven Inflation begleitet sein könnte. Durch landesinterne Massnahmen kann die Rezession nicht überwunden, sondern höchstens gemildert und die Last auf einen grösseren Teil der Bevölkerung verteilt werden. Die Hauptverantwortung liegt beim Bund, der einerseits zusammen mit der Nationalbank über die Kompetenzen für die Geld-, Kredit- und Währungspolitik verfügt und andererseits bedeutend stärkere Anreize hat, stabilisierungspoliti-

sche Massnahmen zu ergreifen als die Kantone. Wegen der engen wirtschaftlichen Verflechtung der Kantone (nur ein Bruchteil von dem, was in Basel konsumiert wird, wird auch hier produziert; rund ein Drittel der in Basel-Stadt Beschäftigten wohnt ausserhalb) fliesst ein Teil des Nutzens konjunkturpolitischer Anstrengungen eines Kantons in die übrigen Regionen ab. Jeder einzelne Kanton ist daher daran interessiert, dass nicht nur er, sondern auch alle anderen einen Beitrag zur konjunkturellen Stabilisierung leisten. Aus diesem Grunde ist zum Beispiel 1975 im Zusammenhang mit der Vereinbarung zwischen Bund und Kantonen (bzw. Finanzdirektorenkonferenz) über die Budgetvorbereitung auch die Aufstellung von Eventualbudgets in den Kantonen und Gemeinden gefördert worden.

Auf die Massnahmen des Bundes zur konjunkturellen Stabilisierung ist an dieser Stelle nicht näher einzugehen. Sie betreffen vor allem die Förderung der Investitionstätigkeit und des Exportes (Wechselkurs, Exportfinanzierung, Exportrisikogarantie), die Arbeitsmarktpolitik (Arbeitslosenversicherung, Fremdarbeiterpolitik) und Erleichterungen auf geld- und kreditpolitischem Gebiet.

Bezogen auf das Sozialprodukt von rund 150 Milliarden Franken, beziehungsweise auf den rezessionsbedingten Rückgang des realen Sozialprodukts um schätzungsweise 6 Milliarden Franken im Jahre 1975, sind die vom Bund ergriffenen Massnahmen jedoch nicht mehr als ein Tropfen auf den heissen Stein: Das für 1976 budgetierte konjunkturbedingte Bundesdefizit macht 600 Millionen Franken aus. Ein grösseres «deficit spending» ist vor allem wegen der möglicherweise davon ausgehenden infla-

Tabelle 2: Ganzarbeitslose und Kurzarbeitende in Basel-Stadt, 1975.

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<i>Ganzarbeitslose</i>												
Total	81	133	225	353	308	386	398	397	500	748	1022	1304
Männer	61	106	191	296	240	331	341	315	408	595	810	1065
Frauen	20	27	34	57	68	55	57	82	92	153	212	239
Berufsgruppe:												
– Graphik	10	14	23	38	31	30	21	18	28	25	40	47
– Chemie		1	1	2	3	6	2	6	22	14	13	19
– Metall	5	16	30	43	34	57	72	52	68	112	166	192
– Holz	5	6	5	6	6	9	6	5	9	17	30	40
– Bau	4	5	13	15	21	27	29	17	22	41	104	117
– Verkehr	5	8	9	20	13	16	13	15	16	35	47	68
– Gastgewerbe	2	3	5	2	4	6	8	5	9	24	29	38
– Kaufleute	11	15	20	44	47	56	66	84	88	161	200	263
– Techniker	8	7	17	26	16	22	23	24	32	44	55	113
– Lehrer, Journalisten, Wissensch.	1	1	3	4	3	2	4	4	4	23	33	54
– Übrige Gelernte		4	6	8	8	12	8	6	10	21	33	40
– Hilfsarbeiter (Ungelernte)	30	53	93	145	122	143	146	161	192	231	272	313
Versicherte Arbeitslose (in % der Arbeitslosen insgesamt)	79	72	74	71	71	79	80	87	84	89	93	97
<i>Kurzarbeit</i>												
Betroffene Arbeitnehmer									1349	1464	1518	1697
Betriebe									33	37	41	49

Quelle: Kantonales Arbeitsamt Basel-Stadt und Presseberichte.

tionären Nebenwirkungen abgelehnt worden.

Wenn festgestellt worden ist, die Hauptverantwortung für die Konjunkturpolitik liege beim Bund, so ist daraus nicht zu schliessen, die Privatwirtschaft und die Kantone dürften sich jeder Verantwortung entziehen. Im Raume Basel ist diese Schlussfolgerung auch nicht gezogen worden. Die Unternehmungen sehen ihre Hauptaufgabe darin, mit dem Personalabbau so zurückhaltend zu sein, als ihnen dies das Ziel «Überleben der Unternehmung» – ein Ziel, das 1975 stark in den Vorder-

grund gerückt ist – erlaubt. Umschulung, Weiterbildung und auf diese Weise Förderung der Mobilität der Arbeitskräfte stellen weitere Beiträge dar, welche Unternehmungen und Verbände zur Milderung des Konjunktureinbruchs leisten. Dass diese Massnahmen durch die Gewerkschaften und staatliche Stellen unterstützt werden, braucht nicht besonders betont zu werden. Der Beitrag der Gewerkschaften bestand im Jahre 1975 aber vor allem darin, dass sie auf eine aggressive Lohnpolitik verzichteten und Hand boten zur Rettung bedrohter Unternehmungen, indem sie Sozial-

pläne ausarbeiten halfen oder solchen zustimmten. Bemerkenswert und vor einem Jahr noch kaum für möglich gehalten ist die Tatsache, dass 1975 ein grosser Teil der Lohnempfänger einen Abbau des vollen Teuerungsausgleichs hinnehmen musste – und auch ohne grossen Widerstand hinnahm. Selbst für die Mitarbeiter des Staates ist der rückwirkende Teuerungsausgleich auf den Betrag der Lohnklasse 15 beschränkt worden.

Um die Kontakte unter den Sozialpartnern einerseits und zwischen Sozialpartnern und Verwaltung andererseits zu intensivieren, setzte der baselstädtische Regierungsrat im Juli 1975 eine Kommission für Konjunktur- und Wirtschaftsfragen ein. Sie besteht aus je vier Vertretern der Arbeitgeberorganisationen, der Gewerkschaften und der Verwaltung.

Am 24. September 1975 legte der Regierungsrat dem Grossen Rat einen «Bericht über die konjunkturelle Situation und die Lage auf dem Arbeitsmarkt und einen Ratschlag betreffend 1. Teilweise Inkraftsetzung des Eventualbudgets 1975 und 2. Gewährung von Bürgschaften im Interesse der Schaffung oder Erhaltung produktiver und umweltgünstiger Arbeitsplätze in Basel-Stadt» vor. Der Bericht enthält nach einer Diagnose der konjunkturellen Lage einen Überblick über die Einwirkungsmöglichkeiten des Kantons auf den Konjunkturverlauf. Als Arbeitgeber gab er 1975 860 Millionen Franken an Löhnen und als Auftraggeber 316 Millionen Franken für Materialkäufe und 266 Millionen Franken für Investitionen aus. Das sind immerhin rund 20% des kantonalen Volkseinkommens von etwa 7 Milliarden Franken.

Wegen der Tatsache, dass nur wenige kurz-

fristig realisierbare Projekte zur Verfügung standen, konnten 1975 aus dem Eventualbudget nur Investitionen im Betrage von 6 Millionen Franken freigegeben werden. In das Budget 1976 wurden durch den Regierungsrat weitere 15 Millionen Franken zusätzlicher öffentlicher Bauinvestitionen aufgenommen. Dadurch erhöhte sich das budgetierte Defizit von 85 auf 100 Millionen Franken. Die rezessionsbedingten Steuerertragseinbussen schlugen sich voraussichtlich mit etwa 70 Millionen Franken nieder. Es darf somit dem Basler Staatshaushalt für 1976 Konjunkturkonformität attestiert werden.

Im Mai 1975 verabschiedete der Grosse Rat eine Teilrevision des kantonalen Gesetzes über die Durchführung der Arbeitslosenversicherung. Im wesentlichen ist dabei die für das Versicherungsobligatorium massgebliche Einkommensgrenze von 26000 auf 39000 Franken jährlich erhöht worden. Dadurch wurde der Versicherungsschutz erheblich ausgedehnt. Ausserdem wurde der Verwendungszweck des Krisenfonds des Kantonalen Arbeitsamtes erweitert; es können seither zu Lasten dieses Fonds auch Weiterbildungs- und Umschulungsmassnahmen für Versicherte finanziert werden. Schliesslich beschloss der Grosse Rat im Oktober 1975 ein Gesetz betreffend kantonale Arbeitslosenhilfe. Dieses gibt dem Kantonalen Arbeitsamt das Recht, Arbeitslosen, die gegen Arbeitslosigkeit versichert sind und die den ihnen pro Kalenderjahr zustehenden gesetzlichen Taggeldanspruch gegenüber ihrer Arbeitslosenkasse ausgeschöpft haben, Tagelder und Mietzinszuschüsse auszurichten. Die Finanzierung erfolgt zulasten des allgemeinen staatlichen Budgets. Für 1975 rechnete der Regierungsrat im Ratschlag



mit einem Betrag von 200 000, für 1976 mit einer Million Franken.

Unter den von der Regierung vorgeschlagenen konjunkturpolitischen Massnahmen sticht die Gewährung von Bürgschaften im Interesse der Schaffung oder Erhaltung produktiver und umweltgünstiger Arbeitsplätze durch ihre Neuartigkeit hervor. In einem entsprechenden Gesetz, dem der

Im kantonalen Arbeitsamt an der Utengasse, im Winter 1975.

Grosse Rat am 19. November zugestimmt hat, wird die Möglichkeit geschaffen, «privaten Unternehmungen eine konjunkturell erwünschte begrenzte staatliche Unterstützung zu gewähren und gleichzeitig einen Beitrag zu den strukturellen wirtschaftspolitischen Zielen zu leisten, wie sie der

Regierungsrat in «Basel 75» dargelegt hat». Zu diesem Zweck soll der Regierungsrat ermächtigt werden, «Bürgschaften bis zu einem Gesamtbetrag von 50 Millionen Franken über eine Laufzeit von fünf Jahren, ausnahmsweise zehn Jahren, für 50% bis maximal 80% solcher Kredite einzugehen». Eine Belastung des staatlichen Budgets tritt damit direkt nicht, höchstens im Ausmass allfälliger späterer Verluste, ein. Die Beurteilung, ob eine Investition gesund und der Kreditnehmer als Träger der Investition geeignet ist, liegt bei den Banken. Sache des Staates ist es lediglich zu prüfen, ob die beabsichtigte Investition Arbeitsplätze schafft, die sich für städtische Verhältnisse eignen, umweltgünstig

sind und eine hohe Produktivität und Wertschöpfung pro Beschäftigtem versprechen. Skeptiker befürchten, dass dieses Instrument keine grosse Wirkung auf die Konjunktur haben dürfte, jedenfalls solange nicht, als – trotz flüssigem Geld- und Kapitalmarkt – die Privaten wegen der unsicheren Zukunft auf Investitionen verzichten. Auf der andern Seite muss alles unternommen werden, damit der Rezession zumindest die gute Seite abgewonnen werden kann, dass sie mithilft, die in «Basel 75» formulierten Ziele zu verwirklichen. Bereits einmal – mit dem Basler Arbeitsrap-
pen – ist es gelungen, konjunktur- und strukturpolitische Ziele mit Erfolg in Einklang zu bringen.